

Nr. 6

Information

Roman Herzog Institut (Hrsg.)

Deutschland neu denken:

WELCHE ZUKUNFT

**hat die Soziale
Marktwirtschaft?**

Fachsymposium

25. September 2007 in München

ROMAN HERZOG **INSTITUT**

Roman Herzog Institut (Hrsg.)

Deutschland neu denken: Welche Zukunft hat die Soziale Marktwirtschaft?

Fachsymposium

25. September 2007 in München

Referenten und Diskussionsteilnehmer

Prof. Dr. Kurt Faltlhauser

Bayerischer Staatsminister der Finanzen,
München

Prof. Dr. Dieter Frey

Geschäftsführender Direktor des Department
Psychologie an der Ludwig-Maximilians-
Universität München

Prof. Dr. Roman Herzog

Bundespräsident a. D.

Prof. Dr. Michael Hüther

Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft
Köln

Jochen Ihler

Regionalvorstand der Commerzbank AG,
Frankfurt am Main

Prof. Dr. Renate Köcher

Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie,
Allensbach

Prof. Dr. Ingo Pies

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Wirtschafts-
ethik an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Randolf Rodenstock

Vorstandsvorsitzender des
Roman Herzog Instituts, München

Dr. Christian Veith

Senior Vice President der Boston Consulting
Group, Düsseldorf

Kapitel	Inhalt	Seite
1	<i>Roman Herzog Institut</i> Einführung	4
2	<i>Randolf Rodenstock</i> Deutschland neu denken: Wie wir im globalen Wettbewerb erfolgreich und sozial sein können!	6
3	<i>Christian Veith</i> Standort Deutschland: Wo stehen wir heute?	8
4	<i>Michael Hüther</i> Die Soziale Marktwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit	10
5	<i>Henrik Müller</i> „Es ist niemand ausgezogen, die Stimmung im Volk zu wenden“ – Ein Gespräch mit Roman Herzog, Bundespräsident a. D.	12
6	<i>Dieter Frey</i> Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft – Status quo und Herausforderungen	16
7	<i>Renate Köcher</i> Die Globalisierungsängste des Exportweltmeisters	18
8	<i>Ingo Pies</i> Unternehmensethik in der Marktwirtschaft: Moral als Produktionsfaktor	20
9	<i>Jochen Ihler</i> Banken und Kapitalmärkte im Spannungsfeld zwischen Rendite und Verantwortung	22
10	<i>Kurt Faltlhauser</i> Globale Einflüsse und nationale Interessen	24
	Fazit	26

Einführung

Viele Menschen in Deutschland haben Angst vor der Globalisierung und suchen vermehrt nach Leitbildern und Orientierung. Gesellschaftliche Werte, der globale Wettbewerb von Menschen und von Unternehmen, aber auch die Unternehmensethik selbst müssen neu bedacht und miteinander in Einklang gebracht werden. Nur so können die Menschen die Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft wieder erkennen und der Zukunft sowohl hoffnungsvoll als auch tatkräftig begegnen.

Die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft wurden in den vergangenen Jahrzehnten teilweise verschüttet. Es gilt, sie wiederzuentdecken, im Licht der Gegenwart genau zu analysieren und entsprechend den globalen Herausforderungen weiterzuentwickeln. Dieser Prozess ist reich an komplexen Herausforderungen, für die es keine einfachen Lösungen gibt. Ihn auf den Weg zu bringen, erfordert eine tragfähige Plattform – eine Plattform, die hochkarätige Wissenschaftler, Querdenker, Vordenker und Nachdenkende einlädt zu einem Diskurs, der sich den brennenden Fragen unserer Zeit widmen soll. Eine solche Plattform bietet das

Roman Herzog Institut. Sein fünftes Symposium am 25. September 2007 stellte die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft in den Fokus.

Der aktuelle Hintergrund: Die Wirtschaft erlebte in jüngerer Zeit eine gewisse Erholung. Die allgemeine Untergangsstimmung, jene viel zitierte „deutsche Krankheit“, die das Land in den vergangenen Jahren begleitete, wich einem vorsichtigen Optimismus. Dieser Optimismus, dieses zarte Pflänzchen des wiedererwachenden Selbstbewusstseins einer ehemals starken Wirtschaftsnation, weckte neue Hoffnungen für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. Doch wie gesund ist diese Erholung und wie nachhaltig ist die Gesundung?

Das Symposium hat sich vor diesem Hintergrund mit durchaus vielschichtigen Fragestellungen beschäftigt: Ist die Soziale Marktwirtschaft ein Zukunftsmodell? Sehen wir den Menschen in einer globalisierten Welt als Spielball oder als Mitgestalter? Hat Unternehmensethik in der Globalisierung den Stellenwert von Lyrik oder den eines Standortfaktors? Und: Welche Bedeutung wird das Kapital für Deutschlands Zukunft gewinnen – wird es als Heuschrecke oder als Segen betrachtet werden?



Das Roman Herzog Institut stellte nichts weniger als die Funktionstüchtigkeit der Sozialen Marktwirtschaft auf den Prüfstand und unterzog die deutsche Volkswirtschaft einer gründlichen Analyse. Heraus kamen Antworten auf interessante Fragen, weiterführende Gedankenkonstrukte sowie zahlreiche spannende Ansätze, die uns zeigen, in welche Richtungen wir denken und an welchen Stellen wir handeln und Entscheidungen treffen sollten.

Unter der Moderation von Henrik Müller, Geschäftsführender Redakteur des Manager Magazins, diskutierten:

- ▶ Randolph Rodenstock, Vorstandsvorsitzender des Roman Herzog Instituts,
- ▶ Christian Veith, Senior Vice President der Boston Consulting Group,
- ▶ Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln,
- ▶ Dieter Frey, Geschäftsführender Direktor des Department Psychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München,
- ▶ Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie, Allensbach,
- ▶ Ingo Pies, Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg,
- ▶ Jochen Ihler, Regionalvorstand der Commerzbank AG, Frankfurt am Main sowie
- ▶ Kurt Faltlhauser, seinerzeitiger Bayerischer Staatsminister der Finanzen.



Randolf Rodenstock

Deutschland neu denken: Wie wir im globalen Wettbewerb erfolgreich und sozial sein können!

Dass Wirtschaften als solches heute im Verdacht steht, unmoralisch zu sein, liegt nach Randolf Rodenstocks Auffassung unter anderem auch daran, dass die jungen Manager heute zwar jede Menge Fachwissen mitbringen, sich aber viel zu wenig mit der Philosophie des Wirtschaftens und den Aspekten der Ethik beschäftigen. Geistes- und Sozialwissenschaften würden keinen Eingang in das moderne Management finden, so Rodenstock. Dies sei in seinen Augen mit ein Grund dafür, dass Führungskräfte oft versagen, wenn es darum geht, Fragen nach der Moral ihres wirtschaftlichen Handelns zu beantworten.

Randolf Rodenstock stellte die Zukunft der Arbeit in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Er fragte, ob unsere Wirtschaftsordnung, die eng an den Aufbau der Bundesrepublik geknüpft ist und sich in Zeiten des deutschen Wirtschaftswunders mehr als bewährt hat, heute noch zeitgemäß sei: „Kann die Soziale

Marktwirtschaft im globalen Markt ihre Aufgabe noch erfüllen, Wohlstand für alle zu schaffen?“ Rodenstock gab sich mit einem einfachen Ja oder Nein als Antwort nicht zufrieden. Vielmehr fragte er weiter: Was ist Wohlstand? Reichtum? Existenzsicherung? Wie sieht es mit den Chancen auf Bildung aus? Mit einer sauberen Umwelt? Was ist Sozialer Friede? Er verwies in diesem Kontext auf Umfrageergebnisse, die deutlich machen, dass heute bereits ein großer Teil der Bevölkerung die Soziale Marktwirtschaft ablehnt – mit steigender Tendenz: „In den Augen dieser Menschen führt unsere Wirtschaftsordnung zu sozialer Ungerechtigkeit und einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich.“



Rodenstock ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass er die Soziale Marktwirtschaft für das System hält, das unter allen bekannten Wirtschaftsordnungen am besten geeignet ist, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Es sei ihre zentrale Idee, einen funktionierenden Wettbewerb mit der sozialen Grundsicherung zu koppeln. Gegenwärtig fehle aber diese Form der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland.

Rodenstock erklärte es als vorrangiges Ziel, den Grundelementen der Sozialen Marktwirtschaft, also Wettbewerb, Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität, wieder Geltung zu verschaffen. Er nahm an dieser Stelle vornehmlich die Politik in die Pflicht, entließ aber auch die Wirtschaftsvertreter keineswegs aus ihrer Verantwortung: „Sie haben entscheidenden Einfluss auf das Funktionieren und die Strahlkraft der Sozialen Marktwirtschaft.“ Rodenstock forderte in diesem Zusammenhang ein stärkeres Bewusstsein von Unternehmern und Managern in Bezug auf ihre Aufgaben, ihre Pflichten und ihre Verantwortung: „Nur wenn die Menschen sehen und verstehen, wie Marktwirtschaft funktioniert, werden sie ihre Vorzüge erkennen können. Wir müssen der Öffentlichkeit klare und überzeugende Antworten liefern auf ihre Fragen – mit Worten und mit Taten.“



Christian Veith

Standort Deutschland: Wo stehen wir heute?

Christian Veith verwies auf drei beachtenswerte Phänomene, die in seinen Augen den Standort Deutschland besonders treffend kennzeichnen: Ein teilweise überspitztes Stimmungsbild, eine immer kürzer werdende Halbwertszeit der jeweiligen Gemütslage sowie ein spezifisches Bewusstsein von Qualität. Er analysierte die jüngste wirtschaftliche Erholungsphase und fragte: „Hat die Soziale Marktwirtschaft diese Krise gemeistert – und damit ganz nebenbei ihre Zukunftsfähigkeit unter Beweis gestellt?“

Aktuelle Standort-Rankings belegen, dass sich Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit in den Jahren 2000 bis 2007 verbessert hat. Sowohl im europäischen als auch im internationalen Wettbewerb sei der „Abstieg des Superstars“ aber nicht nur gestoppt, vielmehr könne, so Christian Veith, sogar von einem neuerlichen Ansatz zum Höhenflug die Rede sein. Der Standort Deutschland befände sich demnach gegenwärtig also in einer guten Position. Und angesichts dieses

Befundes gehe es vor allem darum zu fragen, was Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit tatsächlich ausmacht.

Als für die Wettbewerbsfähigkeit wesentliche Faktoren nannte Veith die Erweiterung des nationalen Blickwinkels zu einer europäischen beziehungsweise globalen Perspektive, die Maxime einer globalen Arbeitsteilung bei lokalem Strukturwandel sowie die Entwicklung



vom Industrie- zum Wissenswettbewerb. Der zuletzt genannte Faktor sei dabei der bedeutendste.

Für ein exportorientiertes, rohstoffarmes Land wie Deutschland ist Veiths Ansicht nach die Globalisierung also etwas durchaus Positives: „Wenn es um Innovations- und Leistungswettbewerb geht, sollten wir uns auch gut fühlen. Ginge es um die Frage, wer die meisten Rohstoffe hat oder wer am billigsten produzieren kann, hätten wir ein Problem. Aber darum geht es in der Zukunft nicht so sehr. Es geht vielmehr um Innovation, und da verfügen wir über große Stärken.“

Im Informations- oder Wissenszeitalter rücke der Mensch nicht nur als Konsument, sondern vor allem als Produzent des inzwischen wichtigsten Rohstoffs Wissen in den Mittelpunkt der Wertschöpfung. Der Standort Deutschland stehe daher, so Veith, vor der großen Herausforderung, sich als „Land der Ideen“ im Wandel vom Industrie- zum Innovationsstandort weltweit zu behaupten. In diesem Zusammenhang sieht er Bildung konsequenterweise weniger als Kostenfrage, sondern vielmehr als Investitionsaufgabe.

Bislang, so Veith, dominiere in der Rede von Bildung als „Wettbewerbsfaktor“ und von Menschen als „(Human-)Kapital“ eine einseitig ökonomische Perspektive. Sie verlange von den Individuen und Institutionen eine entsprechende Anpassung. Er aber postulierte in seinen Betrachtungen, mit Blick auf den Standort Deutschland auch die umgekehrte Beziehung zu berücksichtigen, denn schließlich verdanke



dieser seine Stärke auch Werten wie politischer Stabilität und persönlicher Sicherheit.

Christian Veith blickte zum Schluss optimistisch in die Zukunft: „Es gibt viele positive Dinge in Deutschland: unsere Infrastruktur, unser Bildungssystem, unseren Mittelstand, ... die Innovationsfähigkeit der Menschen, ... es ist eine lange Liste. Ich glaube an die Zukunft unseres Landes, wir müssen nur einige wichtige Entscheidungen treffen.“

Michael Hüther

Die Soziale Marktwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Das alte Versprechen vom „Wohlstand für alle“ scheint nicht mehr zu gelten. Eine gewisse Orientierungslosigkeit breitet sich aus und macht es für viele schwer, die Soziale Marktwirtschaft als lebendigen und sich verändernden Organismus zu begreifen. Ausgehend von dieser Feststellung untersuchte Michael Hüther den Status quo vor seinem geschichtlichen Hintergrund und plädierte für eine neue, starke Positionierung Deutschlands auf dem Boden eines historisch gewachsenen Wirtschaftssystems.

Wer über eine Weiterentwicklung der Ordnungspolitik nachdenkt, muss nicht fragen „Was hätte Erhard heute, aus damaliger Sicht gemacht?“ sondern: „Wo müssen wir heute weitermachen und wo musste Erhard aufhören?“ Freiheit und Verantwortung, Leistungsgerechtigkeit und Gewaltenteilung in einer modernen Sozialen Marktwirtschaft – das waren Michael Hüthers Themen. Er legte den Akzent auf die historische Analyse der gegenwärtigen Situation, denn die

zeitgemäße Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft erfordert seines Erachtens eine sachliche wie zeitliche Weitung des Blickwinkels. So dürfe die Soziale Marktwirtschaft nicht als zeitloses Ordnungsmuster verstanden werden, sondern als Ergebnis spezifischer Bedingungen und Umstände. Zudem müsse die Diskussion um eine praktische Wirtschaftspolitik auch den geistesgeschichtlichen Hintergrund mit einbeziehen.



Hüther zog aus der historischen Analyse eindeutige Schlüsse: Die Wirtschaftsordnung der fünfziger Jahre könne nicht das Leitbild für eine zeitgemäße Überarbeitung der Sozialen Marktwirtschaft sein. Die heute international getriebene Überprüfung der Staatstätigkeit, die Deregulierung und die Privatisierung seien vielmehr Ausdruck einer verspäteten Modernisierung in Deutschland – ohne national historisch legitimierende Bezugspunkte. Hier nahm Hüther Bezug auf den Wirtschaftspolitiker Fritz Hellwig: „Die Frage zwischen individueller und kollektiver Verantwortung muss bei uns immer wieder neu geklärt werden, weil in Deutschland die Freiheit der Wirtschaft vom Staat nicht durch einen revolutionären Akt erkämpft worden ist, sondern aus landesväterlicher Güte und Einsicht in mehr oder weniger vollkommener Form verliehen wurde. Und das, wofür man nicht hat kämpfen müssen, verteidigt man auch nicht so wie das, wofür man kämpfen musste.“

Der Versuch, eine für die heutige Situation angemessene Wirtschaftsordnungspolitik zu skizzieren, sollte Hüthers Auffassung nach sowohl der im deutschen Idealismus verwurzelten tiefen Abneigung gegen die oft vulgär erscheinende Welt freier Märkte Rechnung tragen als auch die Herausforderungen berücksichtigen, die sich durch eine Globalisierung der Arbeitsteilung ergeben. Die Wahl eines Ordnungssystems für das wirtschaftliche Leben müsse, so Hüther, letztlich mit den Ordnungssystemen für die anderen kollektiven Lebensbereiche, Politik, Recht und Kultur, kompatibel sein. Freiheit setze allerdings Freiheitsfähigkeit voraus, genauso wie Verantwortung Verantwortungsfähigkeit voraussetze. Beide zusammen



erforderten die Bereitschaft zur Leistungsgerechtigkeit und Gewaltenteilung.

Michael Hüther zeigte sich diesbezüglich alles andere als optimistisch – angesichts der gegenwärtig klaffenden Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Sozialen Marktwirtschaft sowie der damit verbundenen Gefühlslage der Deutschen. Seiner Einschätzung nach verdüstert sich die Stimmung viel schneller als sie sich wieder aufhellt, und er gibt zu bedenken: „Was passiert, wenn wir es in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität nicht schaffen, die Menschen mitzuziehen und zu begeistern? Was machen wir denn dann, wenn wir nächstes Jahr beispielsweise eine Rezession hätten? ... Meine Sorge ist daher, dass wir uns jetzt nicht mehr positionieren.“

Henrik Müller

„Es ist niemand ausgezogen, die Stimmung im Volk zu wenden“ – Ein Gespräch mit Roman Herzog, Bundespräsident a. D.

Als Namensgeber und Ehrenvorsitzender des Instituts, das als eine Plattform des Quer-, Vor- und Nachdenkens fungieren möchte, unterstreicht Bundespräsident a. D. Roman Herzog seine Überzeugung, dass die Führungspersönlichkeiten in Politik, Unternehmen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Institutionen in besonderem Maße Verantwortung übernehmen müssen – für die künftige Entwicklung Deutschlands und insbesondere auch für die wirtschaftlichen Chancen nachfolgender Generationen. Ein Auszug aus seinem Gespräch mit Henrik Müller.

Henrik Müller:

Jeder zweite Deutsche zweifelt am System, woran liegt das ihrer Meinung nach?

Roman Herzog:

Die Wirtschaft selbst ist nicht imstande, sich darzustellen, wie sie wirklich ist. Die Diskussionen zwischen Konzernen und Mittelstand müssten wesentlich konkreter sein. Auch die Kammern, die wir haben, haben es weder im Handwerk noch in Handel und Industrie geschafft, sich von schwarzen Schafen eindeutig zu trennen, die das Ansehen der Wirtschaft insgesamt schädigen ... Und es kommt hinzu, dass in den letzten 20 Jahren sehr viele von einer zwar teilweise gebremsten, aber immerhin vorhandenen Wirtschaftsentwicklung eben nicht profitiert haben.

Henrik Müller:

Das zentrale Thema der Sozialen Marktwirtschaft ist Wohlstand für alle. Die Zahlen zur Ent-



wicklung der Nettoeinkommen der Durchschnittsbeschäftigten in Deutschland, Zahlen aus dem Bundesarbeitsministerium, belegen: Der Durchschnittsbeschäftigte in Deutschland verdiente im Jahr 2006 netto real genauso viel wie 1986. Er blickt quasi auf 20 Jahre Lohnstagnation zurück. Das führt natürlich nicht zu einer besseren Stimmung oder einer Akzeptanz des Systems.

Roman Herzog:

Das stimmt zum Teil, zum Teil stimmt's aber auch nicht. Wir haben in den letzten Jahren im sozialen Bereich, und das heißt zunächst einmal im Lohnbereich, bewusst zurückgedreht. Das ist einer der Gründe dafür, dass die Dinge wirtschaftlich jetzt wieder einigermaßen laufen. Aber die Geschichte ist bereits zehn Jahre vorher schiefgelaufen – und zwar unter den unterschiedlichsten Kanzlerschaften. Wenn Sie eine Gehaltserhöhung von 4 Prozent haben – bei einem Preisverfall von 2 Prozent –, und die Hälfte vom Ganzen nimmt noch die Steuer weg – das sind dann auch 1 oder 1,5 Prozent –, dann ist damals schon nichts übrig geblieben. Man kann jetzt sagen, es ist ein Verdienst der Gewerkschaften, dass sie das über einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren hingenom-

men haben. Man kann den Leuten aber nichts vormachen: Man kann ihnen möglicherweise erklären, warum das notwendig ist, aber man kann ihnen nicht vormachen, dass sie 4 Prozent mehr in der Tasche haben. So dumm sind die Menschen nicht – trotz unserer angeblichen Bildungskatastrophe.

Henrik Müller:

Eine der größten Reformen in den vergangenen Jahren war Hartz IV, inzwischen von vielen als Armut per Gesetz angesehen und in Zusammenhang gebracht mit der Herausbildung einer Unterschicht. Wir haben die Diskussion über das Prekariat erlebt. Sehen Sie da einen Zusammenhang zwischen der Umschichtung von Sozialleistungen und dem Entstehen einer Unterschicht?



Roman Herzog:

Zunächst: Alle Zahlen, die ich kenne, deuten eher darauf hin – und mehr sage ich nicht, weil ich Statistiken nicht glaube –, dass es für einen erheblichen Teil der Leistungsempfänger nach Hartz IV besser aussieht, als das vorher der Fall war. Dass Hartz IV jetzt alles in die Schuhe geschoben wird, was im sozialen Bereich als unbefriedigend empfunden wird, das ist halt so, das ist ein Punkt, an dem man alles festmacht. Nur, es widerspricht ja auch keiner ...

Henrik Müller:

Sie haben vor zehn Jahren die berühmte Rück-Rede im Berliner Adlon gehalten. Warum hat dieser große kollektive Aufbruch nicht stattgefunden?

Roman Herzog:

Eigentlich schon deswegen, weil jeder gedacht hat, ich halte eine Donnerrede über Regierung und Opposition. Das war natürlich auch so gemeint, aber ich kenne doch in der damaligen Regierung und der damaligen Opposition genauso wie bei den heutigen Koalitionsparteien eine große Anzahl von Leuten, die Folgendes genau wissen: Erstens, was zu machen wäre, und zweitens, dass sie, wenn sie das wirklich anstreben wollten, abgewählt – oder wenn sie in der Opposition sind, gar nicht erst gewählt würden. Das heißt, das Ganze ist ein Teufelskreis. Es geht wiederum eigentlich um die Stimmung im Volk. Und die zu wenden, ist keiner wirklich ausgezogen.



Henrik Müller:

Braucht es auch Unternehmer, die sich mehr einmischen, brauchen wir Vorbilder?

Roman Herzog:

Sie können heute kein Unternehmen führen und gleichzeitig an einer normalen parlamentarischen Arbeit teilnehmen, die auch nicht so wahnsinnig zufriedenstellend ist, das geht nicht. ... Aber ich meine sehr wohl, dass man trotzdem in der Öffentlichkeit Stellung beziehen kann. Da müssen sich halt zwanzig oder dreißig Wirtschaftsleute, Politiker, Professoren und andere immer wieder zu Wort melden. Das muss auch alles gar nicht in die gleiche Melodie einmünden, aber es muss laut und vernehmlich sein.

Prof. Dr. Roman Herzog

Bundespräsident a. D., geboren 1934 in Landshut, ist evangelisch und in zweiter Ehe verheiratet mit Alexandra Freifrau von Berlichingen.

Nach dem Abitur absolvierte Roman Herzog von 1953 bis 1957 ein Studium der Rechtswissenschaft in München, das er 1957 mit der ersten und 1961 mit der zweiten juristischen Staatsprüfung abschloss. 1958 erfolgte seine Promotion zum Dr. jur. Er war von 1958 bis 1964 Wissenschaftlicher Assistent und von 1964 bis 1966 Privatdozent an der Universität München. 1966 folgte er einem Ruf der FU Berlin als ordentlicher Professor auf den Lehrstuhl für Staatsrecht und Politik, 1969 wechselte er als Professor für Staatslehre und Politik an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

Roman Herzog war von 1973 bis 1978 Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz am Sitz der Bundesregierung, von 1978 bis 1980 Minister für Kultus und Sport des Landes Baden-Württemberg, von 1980 bis 1983 Innenminister von Baden-Württemberg, von 1983 bis 1987 Vizepräsident und von 1987 bis 1994 Präsident des Bundesverfassungsgerichts sowie von 1994 bis 1999 Bundespräsident.

Neben zahlreichen weiteren Ehrungen für sein gesellschaftliches, soziales und wissenschaftliches Engagement wurde Roman Herzog 1997 der Karlspreis der Stadt Aachen verliehen, ebenfalls 1997 wurde er in New York zusammen mit Václav Havel als „Europäischer Staatsmann des Jahres“ ausgezeichnet, und im Jahr 2006 erhielt Herzog den Landshuter Friedenspreis.

Dieter Frey

Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft – Status quo und Herausforderungen

Dieter Freys Vortrag beleuchtete die Kenntnisse und die Einstellung der Menschen zu unserer Wirtschaftsordnung. Er berichtete über die Ergebnisse eines umfangreichen Forschungsprojekts, das vom Roman Herzog Institut mit einer halben Forschungsstelle unterstützt wird. Die zentralen Erkenntnisse dieses Projekts stehen der Öffentlichkeit unter dem Titel „Die Einstellung der Bevölkerung zur Sozialen Marktwirtschaft“ in der Reihe „Information“ des Roman Herzog Instituts zur Verfügung.

Die Leute haben sehr diffuse Vorstellungen von Sozialer Marktwirtschaft und sehr diffuse Vorstellungen davon, was Demokratie ist. Sie haben keine konzeptionelle Klarheit, was es bedeutet und was es nicht bedeutet.“ Dieter Frey machte vornehmlich das Unwissen oder zumindest diffuse Kenntnisse über Marktwirtschaft für das schlechte Image verantwortlich, das unsere Wirtschaftsordnung in der Bevölkerung hat. Die grundlegenden Zusammenhänge zwischen dem Sozialen einerseits und dem Markt andererseits, aber auch die zentralen Argumente für den Wettbewerb zwischen Individuen und zwischen den Unternehmen seien, wenn überhaupt, nur sehr schemenhaft bekannt.

Frey erläuterte Aufbau und Ziel des Forschungsprojekts „Einstellung der Bevölkerung zur Sozialen Marktwirtschaft“. Die ersten Felduntersuchungen, die er dazu mit seinem Team vorgenommen hat, zeigten eine abnehmende Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in der deutschen Bevölkerung. Um den Ursachen



dafür auf den Grund zu gehen, wurden die Forschungsarbeiten in mehreren Stufen angelegt und im ersten Schritt verschiedene Facetten der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft sowie die potenziell mit ihnen korrelierenden Einflussfaktoren wie beispielsweise das Alter und das Brutto-Jahreseinkommen der Befragten, das Vorhandensein von ökonomischem Wissen oder das Selbstkonzept der eigenen Fähigkeiten analysiert. Weiter wurde untersucht, ob und wie sich die Änderung dieser Faktoren auf die Einstellung zum deutschen Wirtschaftssystem auswirkt.

Ein wichtiges Ergebnis der Studie: „Je höher das ökonomische Wissen, ... je mehr Interesse an ökonomischem Wissen oder wahrgenommenem Patriotismus, je mehr Vertrauen in die Institutionen, desto positiver die Einstellungen zur Demokratie. Und je positiver die Einstellung zur Demokratie, umso positiver die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft – je mehr Fairness wahrgenommen wird, umso positiver wird diese Einstellung.“ Obwohl die Bürger das Prinzip der Freiheit auf dem Markt ansonsten mit Skepsis oder sogar mit Furcht betrachteten, zeigten die Untersuchungen, dass sich, sobald die ursächlichen Einflussfaktoren gezielt verändert würden, auch die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft entsprechend verbessere.

Vor diesem Hintergrund forderte Dieter Frey, im Zusammenhang mit der Sozialen Marktwirtschaft stets auch die Demokratie als substanziellen Wert der deutschen und europäischen Kultur zu thematisieren. Es gilt demnach, mehr Wissen über das System sowie über seine Vor- und Nachteile zu vermitteln und diese mit der



Realität in anderen Systemen zu vergleichen: „Die Politik kann und muss den Menschen verdeutlichen, dass wir in Deutschland und Europa ganz zentrale Werte zu verteidigen haben. Und die Wissenschaft hat eindeutige Hebelfaktoren, um hier unterstützen und mitarbeiten zu können.“

Renate Köcher

Die Globalisierungsängste des Exportweltmeisters

Mit ihrem Beitrag untersuchte Renate Köcher, welche Ängste und Sorgen die Menschen hierzulande tatsächlich umtreiben und was die Gründe dafür sind, dass die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland einen derart massiven Imageverlust hinnehmen musste. Sie führte diesen Imageverlust weniger auf mangelnde Bildung zurück, sondern plädierte vielmehr für eine klare Differenzierung zwischen dem Detailwissen der Bürger einerseits und ihrem generellen Verständnis ganz grundlegender wirtschaftlicher Veränderungsprozesse andererseits.

Der Zusammenhang zwischen Deutschlands Exportstärke und seinen Marktchancen sei nicht nur den Unternehmern, sondern auch der Bevölkerung durchaus bewusst. Trotzdem, so erläuterte Renate Köcher, herrsche hier Skepsis, ob Deutschland den Standortwettbewerb in der globalisierten Welt für sich gewinnen könne. Sie zeigte Verständnis für diese Skepsis, denn

sie rühre daher, dass die Karriere des Begriffs Globalisierung genau in die Phase der Wachstumsschwäche und der notwendigen Anpassungsprozesse in Deutschland fiel: „Vor diesem Hintergrund kann natürlich nicht überraschen, dass sich in der Bevölkerung eine negative Bewertung der Globalisierungsprozesse herausgebildet hat. In der Bevölkerung dominiert



mittlerweile die Überzeugung, die Globalisierung verschärfe den weltweiten Wettbewerb zum Nachteil Deutschlands.“

Köcher forderte mehr Engagement und Aufklärung. Sie erinnerte in diesem Zusammenhang eindringlich an Ludwig Erhard, der stets betont habe, dass die Bevölkerung sich letztlich nicht anders verhalte als die Unternehmen – nämlich Wirtschaftsprozesse und das ganze System daraufhin abzuklopfen, wie ihre Chancen und Risiken beziehungsweise ihre Kosten- und Nutzenentwicklung aussehen: „Erhard war immer davon überzeugt, dass die Akzeptanz der Marktwirtschaft ganz wesentlich davon abhängen wird, ob die Bevölkerung dauerhaft die Überzeugung gewinnt, dass sie von diesem System in hohem Maße profitiert und dass es ihr mehr Chancen bietet als jedes andere System.“

Im Übrigen seien sich, so Köcher, Arbeitnehmer und Unternehmer weitgehend darin einig, dass sich der Wettbewerb in Zukunft weiterhin verschärfen werde und damit auch der Zwang, Anpassungsprozesse zu vollziehen. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf Untersuchungen, die zeigten, dass die Mitarbeiter Veränderungsprozesse bereitwillig unterstützten, wenn diese effizient organisiert würden. Demnach ist nicht die Veränderung an sich, sondern deren Vermittlung und Durchführung das Problem.

Als weiteres Feld massiver Veränderungen benannte Köcher die Finanzmärkte. In der Bevölkerung würden hier Zweifel wachsen, ob in einer globalen Wirtschaft die Interessen der Stakeholder auf Dauer noch ähnliches Gewicht haben würden wie die der Shareholder. In ihren



Augen spiele die Frage, welcher Stellenwert den Interessen von Stakeholdern in Zukunft noch zukomme, in der Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft eine ganz wesentliche Rolle.

In Anbetracht des Gebots wirtschaftlicher Effizienz und mit Blick auf die Rationalisierungsprozesse, die, so Renate Köcher, für Deutschland ein Muss seien, resümierte sie: „Die Frage ist, wie man parallel zu den Rationalisierungsprozessen Wirtschaft und Gesellschaft so gestalten kann, dass nicht die Mehrheit der Bevölkerung immer mehr den Eindruck erhält, dass Marktwirtschaft in einem globalen Umfeld zunehmend zu einer Veranstaltung wird, die einigen viel nützt und vielen mehr Risiken als Chancen bringt.“

Ingo Pies

Unternehmensethik in der Marktwirtschaft: Moral als Produktionsfaktor

Ingo Pies stellte in seinem Beitrag die Rolle der Unternehmen in den Mittelpunkt. Er analysierte den Stellenwert der Unternehmensethik in Zeiten der Globalisierung sowie das tatsächliche Verhalten der Unternehmen. In diesem Kontext vermittelte er überraschende Erkenntnisse über die Möglichkeiten, wie Unternehmen ein soziales Dilemma überwinden und dabei wertschöpfend ein Potenzial wechselseitiger Besserstellung freisetzen können.

Ingo Pies machte mit allem Nachdruck deutlich, dass die heute in manchen Konzepten der Corporate Social Responsibility (CSR) implizierte philanthropische Gewinnverwendung nach dem Motto „giving back to society“ seines Erachtens zu gewaltigen Missverständnissen führt. In seinen Augen leistet eine solche Annäherung dem Missverständnis Vorschub, das unterneh-

merische Gewinnstreben sei ein „Privileg“, für das man der Gesellschaft eine Kompensation zahlen müsse. Dieses Modell des „Tradeoff im situativen Widerspruch“ bereite unfreiwillig den Boden für die Gegner der Marktwirtschaft, denn es bediene äußerst missverständlich das Vorurteil eines systematischen Konflikts zwischen Gewinn und Moral. Pies forderte die Unterneh-



men deshalb auf, sich für ihr Gewinnstreben nicht zu entschuldigen, sondern vielmehr die Vorstellung zu korrigieren, dass Gewinn und Moral in einem unauflöslchen Widerspruch zueinander ständen.

Gegen dieses Vorurteil führte Pies zunächst die klassische Ordnungsvorstellung der Sozialen Marktwirtschaft an. Die Väter unserer Wirtschaftsordnung hätten den Unternehmen stets die Rolle von Wertschöpfungsagenten im gesellschaftlichen Auftrag zugeordnet. In diesem Sinne könne Unternehmensethik als wissenschaftliche Disziplin verstanden werden mit der Aufgabe, situativ auftretende Konflikte zwischen Gewinn und Moral mittels Wertschöpfung zu überwinden. Er nannte das geistige Modell einer solchen Wertschöpfung – im Gegensatz zum bislang üblichen, aber missverständlichen Konzept eines „Tradeoff“ – die „orthogonale Positionierung“.

Pies zeigte anhand einiger prominenter Beispiele – etwa der Verdoppelung des Stundenlohns für Industriearbeiter bei den Ford-Werken 1914 oder der Einführung einer betrieblichen Krankenversicherung für die Krupp-Arbeiter 1853 –, wie Unternehmen Moral als Produktionsfaktor einsetzen können. Für die jüngere Geschichte führte er die Gründung der Grameen-Bank im Jahr 1983 durch Mohamed Yunus an, der 2006 dafür den Friedensnobelpreis erhielt. Den gleichen Zweck verfolgten auch kollektive Label wie beispielsweise das „Forest Stewardship Council“, mit dem das ökologische Engagement von Unternehmen gewürdigt wird.



All diesen Beispielen sei gemeinsam, so Ingo Pies, dass Unternehmen sich selbst Bindungen auferlegten, mit deren Hilfe ein soziales Dilemma überwunden und so wertschöpferisch ein Potenzial wechselseitiger Besserstellung (Win-Win) freigesetzt werden könne. Unternehmen müssten sich gemäß seinen Forschungserkenntnissen darauf einstellen, als gesellschaftliche Akteure (Corporate Citizens) zu agieren und an gesellschaftlichen Lernprozessen (New Governance) konstruktiv teilzunehmen: „In diesem Sinne ist das moralische Engagement von Corporate Citizens kein Werbe-Gag, sondern integrativer Bestandteil einer Unternehmensstrategie für nachhaltigen Erfolg. Corporate Citizenship ist kein Ausstieg aus der Logik der Marktwirtschaft, sondern ein Einstieg, der die Logik der Marktwirtschaft zur besseren Entfaltung bringt.“

Jochen Ihler

Banken und Kapitalmärkte im Spannungsfeld zwischen Rendite und Verantwortung

Jochen Ihlers Vortrag stand unter dem Motto einer Annäherung der Themenbereiche Rendite und Verantwortung. Der Regionalvorstand der Commerzbank präsentierte eine umfassende Analyse der gegenwärtigen Situation und beleuchtete dabei besonders auch die Hintergründe der offensichtlichen Fehlentwicklungen, die schließlich zu der anhaltenden Vertrauens- und Liquiditätskrise an den Finanz- und Kapitalmärkten führten.

„Viele sehen sich heute generell bestätigt in ihrem Misstrauen gegenüber dem Kapitalmarkt und gegenüber den globalen Finanzströmen. Sie sehen die Gier, die Unberechenbarkeit und die nicht zu bändigenden Kräfte, die hier vielleicht am Werk sind und die eine Gefahr für unseren Wohlstand und die Soziale Marktwirtschaft darstellen.“ Jochen Ihler machte kein Hehl aus der

gegenwärtigen Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten, mahnte aber gleichzeitig, gerade in einer Krise müssten Vorurteile, Überreaktionen und vorschnelle Schlüsse vermieden werden. Diese seien noch nie gute Berater gewesen und bewirkten schnell das Gegenteil dessen, was vielleicht durchaus wohlmeinend beabsichtigt gewesen war.



Ihler erläuterte die komplexe Vernetzung der internationalen Finanzmärkte und die daraus resultierende Gefahr, dass zunächst rein lokale Krisen weltweite Folgen nach sich zögen. Die jüngsten Ereignisse hätten allen Beteiligten vor Augen geführt, welche Bedeutung Vertrauen als wichtigstes Element der Finanz- und Kapitalmärkte habe. Ihler unterstrich, dass ein solches Vertrauen dauerhaft nur aus vernunftgeleitetem und vor allem verantwortungsbewusstem Handeln erwachse. Er forderte daher eine Rückkehr zum „Nein-Sagen-Können“, um angemessene Rendite-Risiko-Verhältnisse zu erreichen, warnte aber zugleich vor „regulatorischen Überreaktionen“.

Ihler ließ keinen Zweifel daran, dass alle Beteiligten zunächst vor der eigenen Tür kehren müssten. Rating-Agenturen, Hedgefonds, Private-Equity-Gesellschaften, internationale Staatsfonds, Regulierer, Aufseher sowie Wirtschaftsprüfer und nicht zuletzt die Banken hielt er an, „tief und prüfend in den Spiegel zu sehen und darüber nachzudenken, wie die aktuellen Fehlentwicklungen künftig zu vermeiden sind.“ Er führte an, dass es nun vor allem darum gehe, mehr Transparenz über das Ausmaß und die Verteilung der Risiken zu schaffen. Von den Banken forderte Ihler vor allem, verlässlich zu bleiben. Sie sollten dem Mittelstand auch in der jetzigen Situation als Finanzierungspartner zur Verfügung stehen und Kredite zu fairen Bedingungen anbieten.



Der Teufelskreis aus Unsicherheit und Misstrauen müsse dringend durchbrochen werden. Würden alle nur Schreckensszenarien an die Wand malen und untätig bleiben, entwickle sich die Angst vor der Krise zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Jochen Ihlers Resümee: „Auch eine Soziale Marktwirtschaft ist auf leistungsstarke Finanzmärkte und einen funktionierenden Preismechanismus angewiesen. Banken und Finanzmärkte wiederum bauen Brücken über Raum und Zeit. Sind Vertrauen und Transparenz vorhanden, sind diese Brücken auch stabil und verlässlich. Dann leisten auch Banken und Finanzmärkte ihren unverzichtbaren Beitrag für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft.“

Kurt Faltlhauser

Globale Einflüsse und nationale Interessen

Der Standort Deutschland soll für ausländische Investoren attraktiv sein, gleichzeitig wächst jedoch die Angst vor diesen Investitionen. Die in der Theorie zu befürwortende Freiheit der globalen Kapitalströme kann nach Auffassung von Kurt Faltlhauser in der Praxis demnach erhebliche Probleme bereiten. Diesen Problemen zu begegnen und jenseits der Standortdiskussion das Wohlergehen und die Sicherheit seiner Bürger nicht aus den Augen zu verlieren, sei, so der damalige Bayerische Staatsminister der Finanzen, Aufgabe des Staates. Faltlhauser erläuterte vor diesem Hintergrund die Strategien, mit denen die Chancen ausländischer Investitionen genutzt und die mit ihnen verbundenen Risiken gemindert werden könnten.

Auch in der Politik schafft die Notwendigkeit, Deutschland neu zu denken, ein deutlich spürbares Spannungsfeld. Kurt Faltlhauser zeichnete zum Beleg dieser These die zwei Seiten der Medaille in der Entwicklung der

„Deutschland AG“ von einer vor äußeren Angriffen geschützten Unternehmenslandschaft zum heutigen Global Player: In vielen deutschen Konzernen befände sich die Mehrheit der Kapitalanteile längst nicht mehr in deutscher Hand, gleichzeitig würden aber auch viele deutsche Firmen im Ausland als Aufkäufer auftreten.

Diese Tatsache stelle an sich kein Problem dar, so Faltlhauser, würden nicht in zunehmendem Maße Kapitalsammelstellen wie Hedge-Fonds, Private-Equity-Firmen und Staatsfonds die produzierenden Unternehmen als Aufkäufer ersetzen. Allein die Hedge-Fonds verfügen nach Faltlhauser derzeit weltweit über ein Vermögen von geschätzten 1,7 Billionen Dollar. Die Staatsfonds, allen voran China und Russland, sollen weltweit sogar rund 2,5 Billionen Dollar verwalten. Seine Schlußfolgerung angesichts dieser Größenordnungen: „Wir haben es hier mit Beträgen zu tun, bei denen sich kein Unternehmen, sei es auch noch so groß, vor einer Übernahme sicher sein kann.“



Angesichts dieser Zahlen sei der Ruf nach schützenden Maßnahmen zwar verständlich, doch müssten, so Faltlhauser, bestimmte Rahmenbedingungen beachtet werden. Seiner Auffassung nach sollten die Überlegungen zum Umgang mit ausländischen Staatsfonds von drei Leitlinien begleitet werden: Zum einen müsse die Kapitalverkehrsfreiheit im europäischen Binnenmarkt erhalten bleiben. Schutzmaßnahmen dürften sie nicht mehr beschränken, als jetzt zum Teil schon üblich. Zum anderen favorisiert Faltlhauser die sogenannten „Golden Shares“, mit denen sich Unternehmen vor ausländischen Übernahmen schützen ließen. Leider verbiete das EU-Recht diese Aktien, die ihren Inhabern gegenüber anderen Aktionären besondere Privilegien wie Mehrfachstimmrechte oder ein Vetorecht brächten. Und schließlich dürften ausländische Kapitalgeber auf keinen Fall abgeschreckt werden, denn Deutschland sei auf ausländisches Kapital angewiesen.

Kurt Faltlhauser plädierte abschließend für dreistufige Einzelfallprüfungen: (1) Eine Meldepflicht der Übernahme beim Bundeswirtschaftsministerium im Fall des Überschreitens einer gewissen Größenordnung, (2) den Einsatz des Bundeswirtschaftsministeriums als Vorfilter für eine Überprüfung im Hinblick auf die betroffene Branche oder die Herkunft des Kapitals sowie (3) eine „Kommission für ausländische Direktinvestitionen“ nach dem Vorbild des „Comittee on Foreign Investments in the United States (CFIUS)“ als Berater des Bundeswirtschaftsministers. Offenheit und Vorsicht schließen sich nach Faltlhauser gegenseitig keineswegs aus: „Ausländische Investitionen sorgen im Normal-



fall für Wachstum und Arbeitsplätze. Ich freue mich, wenn dies in Deutschland geschieht. ... Angesichts der enormen Kapitalsummen, mit denen wir es nunmehr zu tun haben, halte ich eine Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen jedoch für unabdingbar.“

Fazit

Die Fragestellungen dieses Symposiums wurden durchaus konträr diskutiert. Gleichwohl zeigten sich ganz wesentliche Gemeinsamkeiten in den Erkenntnissen, die aus den unterschiedlichsten Blickrichtungen gewonnen wurden: Die Marktwirtschaft hat nur eine Chance, wenn sie sozial ist. Und umgekehrt: Das Soziale hat nur eine Chance, wenn es auf dem Boden einer leistungsfähigen Wirtschaft steht. Marktwirtschaft und Soziales gehören demnach zusammen und bedingen einander.

Das Symposium hat auf viele Fragen Antworten gegeben, gleichzeitig aber auch, wie jeder

ordentliche Diskurs, eine Menge neuer Fragen aufgeworfen. Es galt ja auch nicht, einen „Masterplan für Deutschland“ zu erarbeiten, doch das Ziel, Anregungen für den Prozess eines neuen Nachdenkens zu geben, wurde erreicht. Die Vorträge und Diskussionen zeigten, wie komplex sich Aufgaben und Lösungsansätze tatsächlich darstellen. Das Öffnen neuer Gedankenfenster und das Aufzeigen neuer Horizonte machten dennoch Mut und gaben Anlass zur Hoffnung, dass eine Gesellschaft, die sich für eine lebendige Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft engagiert, im Diskurs mit allen Disziplinen sehr viel erreichen kann.

Der Prozess des „Deutschland neu denken“ hat gerade erst begonnen. Das Roman Herzog



Institut wird diesen Prozess immer wieder anregen und weitertragen. Denn nur wer die richtigen Fragen stellt, findet am Ende auch die Antworten, die zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität Deutschlands beitragen. Dass die Suche nach den richtigen Fragen und den besten Antworten keine leichte sein würde

und künftig auch nicht sein wird, ist dabei allen Beteiligten bewusst. Doch jede wirtschaftliche Dynamik und jedes Wachstum sind mit dem Durchschreiten schwieriger Etappen verbunden. Sich diesen Herausforderungen zu stellen, erfordert Mut, eine Öffnung für das Neue und nicht zuletzt genügend Selbstvertrauen.

Hinweis

Das sechste Symposium des Roman Herzog Instituts findet am 18. September 2008 statt. Sein Thema: „*Deutschland neu denken: Wie wir morgen arbeiten und leben werden*“.

Das Symposium 2008 geht der Frage nach, wie ein Zukunftsentwurf für Arbeit in Deutschland aussehen kann, welche Entwicklungsmöglichkeiten unter den Bedingungen der Globalisierung denkbar sind, ob Arbeiten und Leben in eine neue Balance gebracht werden müssen, welche Potenziale eine alternde Gesellschaft hat, wie die Unternehmen auf die Herausforderungen reagieren und welcher Reformen es bedarf, um unsere Arbeitswelt zukunftsfest zu machen.

Das Roman Herzog Institut möchte gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen anders betrachten als bisher. Weil ein solcher Blick in die Zukunft Gegenwartsbezug und Weitblick zugleich impliziert, geht es auf diesem Symposium vor allem auch darum, fragmentierte Perspektiven zu überwinden und Fragestellungen miteinander in Verbindung zu bringen, die bislang meist gesondert voneinander betrachtet werden.

Weitere Informationen zu dieser Veranstaltung erhalten Sie unter:

ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.

Max-Joseph-Str. 5, 80333 München

Telefon 089 55178 555

Fax 089 55178 755

www.romanherzoginstitut.de



© 2008 ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.
ISSN 1863-4834 / ISBN 978-3-9811571-9-2

Herausgeber:

ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.

Max-Joseph-Straße 5

80333 München

www.romanherzoginstitut.de

Redaktion: Dr. Neşe Sevsay-Tegethoff, Britta Arnold

Gestaltung und Produktion: edition agrippa, Köln · Berlin

Fotos: mbw | Medienberatung der Wirtschaft GmbH, München

Die Dokumentation ist beim Herausgeber kostenlos erhältlich.

